

Aargauer Zeitung

TALKTÄGLICH

FDP-Grossrat Adrian Schoop will kriminelle Asylsuchende aus Nordafrika «von der Gesellschaft abschotten»

Im «TalkTäglich» debattierten die Aargauer Grossratsmitglieder Adrian Schoop (FDP) und Lelia Hunziker (SP) über Fussfesseln für straffällige Asylsuchende. Für Hunziker ist die Forderung «sehr populistisch», Schoop kritisiert die «Verhätschelungspolitik der SP».

Matthias Niederberger

19.03.2024, 18.30 Uhr

[Im Aargau gibt es einen Rekord bei den Autoaufbrüchen, Gefängnisstrafen helfen kaum, die Polizei ist am Limit.](#)

Nicht selten kommen Täter kurz nach der Einvernahme wieder frei. Oft handelt es sich um Personen aus nordafrikanischen Staaten.

Nun macht der Aargauer FDP-Grossrat Adrian Schoop mit einem brisanten Vorschlag auf sich aufmerksam: Er fordert, dass die meist jungen straffälligen Asylsuchenden in Zukunft Fussfesseln tragen sollen. Er reichte ein entsprechendes Postulat im Grossen Rat ein.

Sind Fussfesseln die Lösung? Oder ist das reiner Populismus? Darüber debattierten Adrian Schoop und SP-Grossrätin Lelia Hunziker am Dienstag im «TalkTäglich». Gleich zu Beginn der Sendung fragte

Moderator Adrian Remund, was Schoop mit seiner Aussage «ein Tsunami von Diebstählen und Einbruchsdelikten» meine. «2023 gab es eine Verdoppelung der Einbruchsdiebstähle im Vergleich zum Vorjahr. Wir haben effektiv ein grosses Problem», erklärte Schoop. Die Bevölkerung fühle sich unsicher, jetzt müsse man durchgreifen.

Als Politiker fühle er sich verpflichtet, Lösungen aufzuzeigen: Aus seiner Sicht sind das elektronische Fussfesseln. Schoop hält sie für eine effektive Massnahme, um mehr Sicherheit vor kriminellen Asylsuchenden zu schaffen. Dadurch sollen sie sich nur noch in einem bestimmten Radius rund ums Asylzentrum bewegen können. Oder in Schoops Worten: «Wir wollen diese Personen wegnehmen von den Quartieren, wegnehmen von den Strassen und einschränken in der Bewegungsfreiheit.»

Für Lelia Hunziker genügen die bestehenden Gesetze

Damit legte der Grossrat aus Turgi den Grundstein für eine hitzige Diskussion. Sozialdemokratin Lelia Hunziker hält Schoops Vorstoss für «sehr populistisch». Insbesondere kritisierte sie, dass man die Menschen mit einem solchen Vorschlag ungleich behandle.

Das Vorgehen sei diskriminierend und zudem sicher kein einfaches Mittel, um das Problem zu lösen. Es gebe Strafgesetze, die für alle gleich gelten würden. Hunziker sagte: «Ich finde es immer ganz schwierig, wenn man für

eine herausfordernde Zielgruppe ein Gesetz macht, das sehr repressiv ist und auf Kollektivstrafen setzt.»

Schoops Forderung sei wie ein «Brückenpfeiler in die Gesetzeslandschaft». Oft hätten sich solche spezifischen Regelungen später auf die ganze Gesellschaft übertragen, sagte Hunziker. Dabei sei Schoop doch liberal und freiheitsliebend. Sie verstehe nicht, dass eine solche Forderung gerade von ihm komme.

Schoop hält Sicherheit für ein «urliberales Anliegen»

«Es ist ein urliberales Anliegen, für die Sicherheit zu kämpfen, erwiderte Schoop und schaltete auf Gegenangriff: «Lelia Hunziker lenkt immer ab von den Problemen», es handle sich um eine «Verhätschelungspolitik der SP». Er hingegen suche nach Lösungen und mache konkrete Vorschläge.

Auf die Frage, ob sein Vorschlag nicht einen enormen Aufwand verursachen würde, antwortete Schoop: «Geld kann nicht das Thema sein.» Schliesslich gehe es um die Sicherheit, die Bevölkerung habe Angst. Für Hunziker war das ein gefundenes Fressen: «Wenn Geld kein Thema spielt im Asylwesen, könnte man es bestimmt besser einsetzen.»

Um das Problem zu lösen, braucht es ihrer Ansicht nach eine engere Zusammenarbeit zwischen den Kantonen: «Jene, die im Aargau Delikte begehen, kommen meist gar

nicht aus dem Aargau.» Wenn Gesetze angepasst werden müssten, dann auf nationaler Ebene.

Für Schoop hingegen ist klar: Wer in Untersuchungshaft ist, darf nicht einfach rauskommen und am nächsten Tag das gleiche Delikt erneut begehen können. «Man muss sie von der Gesellschaft abschotten, das kann mit einer elektronischen Überwachung gewährleistet.»

Mehr zum Thema

TALKTÄGLICH

Was tun gegen die Diebe aus Nordafrika? Die Rezepte des Polizeikommandanten, des SVP-Nationalrats und der SP-Grossrätin

20.02.2024



abo+ NATIONALRAT

Vier Fragen zu nordafrikanischen Autoknackern: Nationalrat Christoph Riner will Taten sehen

18.03.2024



Für Sie empfohlen